

Im Umfeld religiöser Spannungen

Die katholische Kirche Indiens

Das Christentum besitzt in Indien eine bis in die frühen nachchristlichen Jahrhunderte zurückreichende Tradition. Die wechselvolle Missionsgeschichte ließ recht differenzierte Zentren des katholischen Glaubens entstehen, die sich nicht nur im – lateinischen bzw. syrischen – Ritus unterscheiden, sondern auch ethnisch und kulturell eine individuelle Prägung aufweisen. Die weit über das Land verstreuten Gemeinden führen zudem gerade außerhalb Südindiens ein oft bedrückendes Diaspora-Leben inmitten einer überwältigenden Mehrheit Andersgläubiger. Eines der vordringlichsten Probleme der Kirche ist demzufolge, inmitten all dieser Vielfalt zu einer stärkeren Einheit zu finden (vgl. HK, Juni 1981, S. 257 ff).

Probleme der kirchlichen Einheit

Die 109 indischen Diözesen zählten 1982 11,5 Millionen Katholiken, von denen 8,45 Millionen dem lateinischen Ritus, 2,75 Millionen der Syrisch-Malabarischen Kirche und 300 000 der Syrisch-Malankarischen Kirche angehörten (Angaben nach Fides, 12. 1. 83). Damit bilden die Katholiken unter den Christen Indiens die bei weitem größte Gruppe. Die Protestanten verschiedener Richtungen (Lutheraner, Anglikaner, Baptisten, Methodisten und andere) zählen derzeit etwa 6,3 Millionen, die syrisch-orthodoxe Kirche 1,6 Millionen und die Mar-Thoma-Kirche 0,5 Millionen Gläubige. Trotz des in den letzten Jahren zu verzeichnenden Wachstums der Kirche ist dabei nicht zu übersehen, daß der Anteil der Gläubigen an der Gesamtbevölkerung Indiens stagniert (1,6% von 700 Millionen), ja daß in einigen Diözesen die Zahl der Katholiken sogar leicht rückläufig ist. Fast 70% der Gläubigen leben zudem in Südindien, aber nur 15% im Osten und Nordosten sowie 11% im westlichen Indien. Ihr Anteil an der Einwohnerzahl der jeweiligen Bundesstaaten ist sehr unterschiedlich – in Goa beträgt er z. B. 35%, in Kerala 14%, in Zentral- und Nordindien dagegen nur 0,22%. Die Katholische Kirche ist damit hauptsächlich in den Randgebieten Indiens sowie unter der nicht-arischen Bevölkerung vertreten, während sie in den Zentren des Hinduismus kaum Rückhalt besitzt.

Die Gläubigen werden derzeit von über 11 700 Priestern betreut, darunter 4 900 Ordenspriestern, sowie von 2 500 Ordensbrüdern und 46 400 Ordensschwestern. Obgleich es sich fast ausschließlich um indische Mitarbeiter handelt, kann man nur bedingt von einer wirklich in Indien heimischen Kirche sprechen. Die Mehrzahl der Priester und Ordensleute stammt aus Südindien, doch sind viele von ihnen außerhalb ihrer Heimatregion tätig – allein 700 der annähernd 3 000 Priester der Syrisch-Malabarischen Kirche arbeiten in Diözesen mit lateinischem Ritus (Fides, 6. 6. 81). Angesichts der kulturellen und sprachlichen Vielfalt Indiens ist der Einsatz kirchlicher Mitarbeiter in

für sie fremden Regionen keineswegs unproblematisch, wie auch gelegentliche Proteste von Gemeinden gegen ihnen nicht genehme Priester zeigen.

Die parallele Missionsarbeit der verschiedenen Riten birgt zudem zusätzliche Schwierigkeiten. So möchten die in Südindien beheimateten syrischen Kirchen, die 1977 sieben neue Eparchien im nördlichen Indien errichteten, ihre Kirchenorganisation über das ganze Land ausdehnen, zumal noch 300 000 ihrer Gläubigen in Diözesen mit lateinischem Ritus leben. Die Gewährung der Personaljurisdiktion könnte jedoch die Einheit der Kirche beeinträchtigen, und entsprechend hat der Apostolische Stuhl bisher auf diesen Wunsch sehr zurückhaltend reagiert.

Divergenzen gibt es auch im Bereich der Liturgie, wo die Einführung eines gesamtindischen, an einheimischen Traditionen orientierten Ritus nicht zuletzt am Widerstand der syrischen Kirchen scheiterte. Gerade die Christen Südindiens befürchten, die Einbeziehung meditativer Elemente oder gar Schriften des Hinduismus in die Eucharistiefeier könne einen Verlust der Glaubensidentität einleiten. Man ist allenfalls bereit, Änderungen im Kirchengesang oder bei Ehrerbietungsformen zu akzeptieren.

Derartige Probleme der Zusammenarbeit der Riten standen denn auch im Mittelpunkt der Beratungen der indischen Bischofskonferenz im Januar 1983. Hierbei wurde die Einsetzung eines *inter-rituellen Komitees* beschlossen, das den Dialog weiterführen und Fragen der Missionsarbeit sowie regionaler Lösungen der Liturgiegestaltung erörtern soll.

Die Inkulturationsbestrebungen werden im übrigen eher von einer intellektuellen Minderheit getragen. Versuche, die christliche Lehre in Begriffen des Hinduismus zu vermitteln, stoßen noch weithin auf Skepsis oder gar Ablehnung. Der Gebrauch indischer Kultelemente (Gesten, Körperhaltung, Gesangsformen) wird dagegen gerade von der einfachen Bevölkerung leichter akzeptiert, zumal es unter dieser ohnehin Formen der Volksfrömmigkeit gibt, die auf regional unterschiedlichen Traditionen beruhen. Diesen Tendenzen kommen auch neuere Bibelübersetzungen in Regionalsprachen entgegen, die sich stärker an literarischen Traditionen orientieren. Angesichts der kulturellen Vielfalt Indiens und der Existenz unterschiedlicher Riten dürfte es allerdings schwer fallen, allgemein verbindliche Lösungen zu finden.

Vor diesem Hintergrund nehmen sich die Bemühungen der christlichen Ashram-Bewegung um einen eigenen Beitrag zur Inkulturation eher bescheiden aus. Seit 1978 existiert eine *katholische Ashram-Vereinigung* (Ashram Aikiya), die in Begegnungsstätten durch Gebet, Meditation, das Studium geistlicher Schriften und die Eucharistiefeier zu einer Verinnerlichung des Glaubens beitragen und zugleich den Dialog mit anderen Konfessionen fördern will.

Allerdings sind die Ashrams mit ihren wenigen hundert Plätzen bisher nur einem eher kleinen Kreis engagierter Christen zugänglich. Größeren Erfolg scheinen dagegen die Bestrebungen zur Wiederbelebung christlicher mystischer Traditionen zu haben, etwa durch die vermehrte Übersetzung der Werke christlicher mystischer Literatur oder durch Stärkung der Marien- und Heiligenverehrung.

Das soziale Engagement der Kirche

Die am stärksten benachteiligten Schichten der indischen Gesellschaft bilden die *Kastenlosen* (Harijans, 110 Millionen) und die Angehörigen der verschiedenen Eingeborenstämme (50 Millionen), unter denen der Anteil von Christen recht hoch ist (allein 5 Millionen Harijans sind katholischen Glaubens). Die Kirche hat sich wiederholt gegen jegliche Diskriminierung dieser Gruppen gewandt und auf die Unvereinbarkeit des Kastendenkens mit dem Christentum hingewiesen. In einer Botschaft vom Januar 1982 mußten die Bischöfe jedoch zugleich eingestehen, daß es selbst in alteingesessenen Christengemeinden – vor allem in Südindien – immer noch *Kastenschränken* gibt. Oft genug ist die Mitgliedschaft in Gemeinderäten und kirchlichen Vereinigungen, ja die Berufung in gehobene Positionen in der Hierarchie von der Zugehörigkeit zu bestimmten Kasten abhängig (vgl. Weltkirche 3/82).

Einen wichtigen Beitrag zum Abbau sozialer Schranken könnte das *katholische Schulwesen* leisten. 1982 unterhielt die Kirche 5539 Grundschulen mit 2,2 Millionen Schülern, 2733 Sekundarschulen mit 1,4 Millionen Schülern sowie 151 Kollegien und Universitäten mit 172 000 Studenten. Ein großer Teil gerade der Sekundarschulen ist jedoch nur den sozial gehobenen Schichten zugänglich, da die Kirche mangels ausreichender staatlicher Subventionen meist Schulgeld erheben muß. So werden viele dieser Einrichtungen mehrheitlich von Nichtchristen besucht, ja es gibt Extremfälle, wie etwa in Hyderabad, wo sich auf Sekundarschulen kaum ein christlicher Schüler findet.

Von weitreichender Bedeutung ist das Wirken der Kirche im *Sozialbereich*. 1982 unterhielt sie 576 Krankenhäuser, 246 Leprastationen, 254 Altersheime und 1075 Waisenhäuser. Stellvertretend für die vielen, in der Armen- und Sozialfürsorge tätigen Orden und sonstigen kirchlichen Einrichtungen sei hier nur das Wirken der von Mutter Teresa gegründeten Orden der „Missionarinnen (bzw. Missionare) der Nächstenliebe“ erwähnt. Meist aus einfachen Familien stammend und ohne höhere Schulbildung, widmen sich die Mitglieder vor allem der tätigen Nächstenliebe, wobei sie sich in ihrer Lebensweise den sozialen und kulturellen Gegebenheiten ihrer Umwelt anpassen.

Die Durchführung der kirchlichen Programme auf diesen Gebieten wäre kaum denkbar ohne die *umfangreiche Entwicklungshilfe*. Als beispielhaft sei die Arbeit von Misereor erwähnt, das in den Jahren 1959–1983 6000 Projekte mit einem Finanzvolumen von über 500 Millionen DM för-

derte. Zwei Drittel dieser Gelder stammten aus kirchlichen Quellen, insbesondere Spenden, ein Drittel – vor allem für Großprojekte – aus öffentlichen nationalen und internationalen Fonds (diese und die folgenden Angaben nach Misereor).

Die Entwicklungshilfe kommt zum weitaus größten Teil der unterprivilegierten *Landbevölkerung* zugute. So waren 1981 die Zielgruppen der Arbeit von Misereor insbesondere die Ureinwohner (33% der Projekte), Kleinbauern (27%), Harijans und landlose Arbeiter (15%). Die auf die multisektorale Entwicklung der Gemeinwesen zielenden Programme haben ihre Schwerpunkte auf dem Wirtschafts-, Gesundheits- und Bildungssektor. Hinzu kommen die kirchliche Sozialarbeit, die natürliche Familienplanung sowie die Katastrophenhilfe.

Die Gelder werden fast *ausschließlich über kirchliche Einrichtungen* verteilt. 60% erreichen ihre Empfänger direkt über die Diözesen, 18% über Kongregationen und 14% über sonstige Institutionen der Kirche, wobei Kompetenzstreitigkeiten sich nicht immer vermeiden lassen. Bemängelt wird in manchen Kirchenkreisen auch, daß gerade im Bildungs- und Gesundheitswesen eher nichtchristliche Gruppen Nutznießer der Hilfe sind. Letzteres stärkt auch den – unberechtigten – Argwohn staatlicher Stellen, die hierin eine unzulässige Einflußnahme auf die indische Gesellschaft sehen wollen. Zudem muß sich die Kirche des Vorwurfs erwehren, sie sei zu sehr vom Ausland abhängig und werde durch ihr Entwicklungsengagement zu einer Art Entwicklungsagentur. Zur *Wahrung ihrer Eigenständigkeit* werden die Hilfsgelder seit langem über eine eigene Institution verteilt, die „Indisch-Deutsche Gesellschaft für Sozialdienste“. Ebenso wird vermehrt die Eigeninitiative gefördert – so führte Caritas of India allein in den Jahren 1977–1979 in über 1000 Dörfern Andhra Pradesh und Tamil Nodus Hilfsprogramme zumeist auf Pfarrebene durch.

In einem Land, dessen Bevölkerung fast zur Hälfte unter der Armutsgrenze lebt, muß die Kirche besonders auf die *wirtschaftlichen Nöte* ihrer Gläubigen eingehen. Die Kommission der Bischofskonferenz für Gerechtigkeit, Entwicklung und Frieden verurteilte denn auch z. B. in einer Botschaft zum 1. Mai 1983 Korruption und Sklavenarbeit sowie Repressalien von Arbeitgebern gegen Streikende, soweit deren Forderungen gerechtfertigt waren. Den Arbeitern wurde empfohlen, sich in demokratischen Gewerkschaften zu engagieren bzw. eigene demokratische Vereinigungen zu gründen. Zugleich ermahnte man die kirchlichen Organisationen, mit gutem Beispiel voranzugehen und den Beschäftigten angemessene Löhne zu zahlen (vgl. Weltkirche 5/83).

Die Kirche ist sich bewußt, daß sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben dabei auch der *verstärkten Mitwirkung der Laien* bedarf. So wurde erwogen, den paritätisch aus Priestern und Laien besetzten „National Advisory Council“ zu einem Gremium umzugestalten, das nicht mehr nur die Bischöfe berät, sondern sich in wichtigen Fragen auch direkt an die Gläubigen wendet. Eine stärkere Beteiligung

der Laien an kirchlichen Entscheidungsprozessen könnte zudem auch den Glaubenseifer beflügeln; in jüngster Zeit wurde wiederholt beklagt, daß der Glaubensgeist unter den Katholiken erlahme, was sich etwa in einem nachlassenden Empfang der Sakramente zeige.

Spannungen zwischen Christen und militanten Hindus

Einen nicht unerheblichen Einfluß auf das Wachstum der Kirche, aber auch auf das Engagement der Gläubigen haben die *Repressionen*, denen die Kirche in vielfältiger Weise ausgesetzt ist. Obwohl die Verfassung Indiens die Religionsfreiheit garantiert, kann sich die Kirche keineswegs überall völlig frei entfalten. So gibt es in Orissa, Madhya Pradesh und Arunachal Pradesh Antikonversionsgesetze, die die „Verleitung“ zum Glaubensübertritt unter strenge Strafen stellen. Selbst die karitative Arbeit der Kirche könnte hiermit im Extremfall strafrechtlich verfolgt werden.

Häufig wird die Tätigkeit der Kirche durch *regionale Behörden* behindert. Im Februar 1983 beklagte der Erzbischof von Shillong-Gauhati, *Hubert D’Rosario*, in einem Indira Gandhi unterbreiteten Memorandum, daß seine Diözese von Zeit zu Zeit Rechenschaft über die Zahl der Taufen ablegen müsse, ja daß ihre Finanzberichte – im Gegensatz zu denen anderer Konfessionen – peinlich überprüft würden. In Arunachal Pradesh sei es den Gläubigen zudem verboten, Kultstätten zu errichten oder den Besuch von Priestern zu empfangen. Den Bischof von Tezpur habe man im Dezember 1981 sogar aus dem Bundesstaat ausgewiesen, obwohl er eine offizielle Erlaubnis zur Visitation mehrerer Gemeinden besaß (vgl. Weltkirche 5/83).

Vielfach werden der Kirche – unter Mißachtung des Grundsatzes der Gleichheit – Subventionen für gemeinnützige Einrichtungen verweigert oder entsprechende Anträge verschleppt. Hierunter leidet insbesondere das Schulwesen, das auch sonst Ziel staatlicher Angriffe ist. So konnte die Kirche in Goa und Maharashtra erst nach heftigen Protesten erreichen, daß antichristliche Passagen aus einem Text für den Geschichtsunterricht gestrichen wurden. (vgl. Mondo e missione 6/83).

Besonderem Druck sind *Konvertiten* unterworfen, die zu den *Kastenlosen* oder eingeborenen Stämmen gehören. Sie verlieren bei einem Glaubensübertritt nicht nur die ihren Gruppen ansonsten gewährten Wirtschafts- und Sozialbeihilfen, sondern werden auch bei der Aufnahme in Schulen und Universitäten sowie bei der Vergabe von Arbeitsplätzen durch den Staat benachteiligt. Hindus, die zum Christentum übertreten, müssen zudem auf gewisse zivile Rechte verzichten – meist werden sie aus dem Familienverband ausgeschlossen und zur Scheidung gezwungen, falls der Ehepartner Hindu bleibt, wobei Erbschafts- und Vormundschaftsansprüche verfallen.

Zu der feindseligen Haltung staatlicher Stellen gesellen sich die Aktivitäten militanter Hindus. In den letzten Jahren häuften sich Übergriffe gegen christliche Gemeinden,

die von Verleumdungs- und Einschüchterungskampagnen bis hin zu Brandstiftungen und Mordanschlägen reichten, denen Priester wie Laien zum Opfer fielen. Unrühmlich ist hierbei vor allem der RSS (Rashtriya Swayamsevak Sangh – Nationaler Freiwilligenbund) zu nennen, der für zahlreiche Attentate verantwortlich zeichnet. 1925 gegründet, konnte diese fundamentalistische Hindu-Vereinigung in letzter Zeit einen erheblichen Zulauf melden – seit 1977 wuchs die Zahl ihrer örtlichen Organisation von 6000 auf über 20000 mit annähernd 700000 Freiwilligen.

Die Kirche ist bemüht, all dem durch einen *verstärkten Dialog* mit dem Hinduismus zu begegnen. Die Kontakte bewegen sich jedoch weiterhin fast nur auf offizieller Ebene, während die Haltung der meisten Gläubigen auf beiden Seiten trotz zahlreicher Aufrufe zur Toleranz immer noch eher von gegenseitigem Mißtrauen geprägt ist. Viele Hindus betrachten das Christentum als kulturellen Fremdkörper, und die meisten Christen sehen ihrerseits den Hinduismus als eine Gefahr für ihren eigenen Glauben. Die mangelnde Toleranz beruht dabei wesentlich auf einer Unkenntnis der Gegenseite, so daß es im Interesse beider Seiten liegt, zunächst einmal aufklärend zu wirken.

Religiöse Spannungen zwischen Muslimen und Hindus

Auch unter den 80–100 Millionen *Muslimen*, die über 11% der indischen Bevölkerung stellen, wächst die Unruhe (die Zahlenangaben schwanken, da augenscheinlich manche Muslime nicht wagen, sich offen zu ihrem Glauben zu bekennen). Dies wurde auch in einem Memorandum deutlich, das 45 muslimische Parlamentarier Anfang 1983 veröffentlichten. Sie forderten darin mehr Verständnis des Staates für die Probleme dieser in der Tat stark benachteiligten Minderheit. Weit über Indien verstreut beheimatet und meist der städtischen Unterschicht bzw. der unteren Mittelklasse zugehörig, leben sie oft in wesentlich schlechteren sozialen Verhältnissen als die sie umgebenden Hindus. Ihr Bildungsniveau ist recht gering, und so sind sie in der politischen und wirtschaftlichen Führungsschicht ebenso unterrepräsentiert wie etwa im Staatsdienst. Symptomatisch ist, daß Urdu – von 45% der Muslime gesprochen – nur in wenigen Bezirken außerhalb Andhra Pradeshs offiziell als zweite Amtssprache anerkannt wird.

Das *Fehlen bedeutender gesamtislamischer Organisationen* oder gar einer einheitlichen politischen Führung verhindert, daß sie sich stärker als Gemeinschaft artikulieren und ihren Forderungen politisch Gehör verschaffen. Dies fördert zugleich die Verbreitung extremistischen, vom islamischen Fundamentalismus inspirierten Gedankenguts gerade unter den jüngeren muslimischen Intellektuellen. Die Kontakte zur arabischen Welt werden hierbei durch die Tatsache begünstigt, daß viele Muslime in den Golfstaaten als Gastarbeiter leben. Andererseits bemühen sich Muslim-Organisationen in den arabischen Ländern, das

erwachende Selbstbewußtsein ihrer indischen Glaubensbrüder zu stärken, indem sie sie finanziell unterstützen, etwa auch bei der muslimischen Mission unter den Kastenlosen. Entsprechend haben sich die Fronten zwischen Hindus und Muslimen in letzter Zeit zunehmend verhärtet. Gerade in den Städten häufen sich die blutigen Auseinandersetzungen zwischen beiden Konfessionen, wobei oft nichtig scheinende Zwischenfälle den Anlaß ergeben.

Der Extremismus unter den Sikhs

Die im 15. Jahrhundert begründete monotheistische Lehre der 17,5 Millionen *Sikhs* (2,5% der indischen Bevölkerung) strebte ursprünglich in der Verschmelzung islamischer und hinduistischer Glaubensinhalte eine Versöhnung der beiden Religionen an. Im Laufe der Zeit entwickelte sie sich jedoch in der Glaubensverteidigung zu einer kriegerischen Religion nationalistischer Prägung. Ihre Anhänger leben vorwiegend im strategisch wichtigen *Punjab*, dessen Wirtschaft sie weitgehend kontrollieren. Oft erfolgreiche Geschäftsleute, liegt ihr Lebensstandard weit über dem indischen Durchschnitt, und auch im öffentlichen Leben spielen sie eine bedeutende Rolle. So stellen sie nicht nur etwa in der Armee 10% der Soldaten und sogar 25% des Offizierskorps, sondern mit Zail Singh auch das Staatsoberhaupt der Indischen Union.

Dennoch fühlen sich viele Sikhs politisch und religiös benachteiligt, zumal sie in ihrem eigenen Bundesstaat Punjab nur eine knappe Mehrheit bilden (53%), während viele ihrer Glaubensgenossen als Minderheit in den Nachbarstaaten leben. Ihr Wortführer ist die militante *Akali-Dal*, die einen autonomen Groß-Punjab als Staat aller Sikhs anstrebt. Für diesen Staat beanspruchen sie nicht nur die Hoheit in Fragen der Wirtschaft und des Kommunikationswesens, sondern auch im Verteidigungsbereich. Eine kleine Gruppe von Extremisten visiert sogar die Errichtung eines unabhängigen Sikh-Staates „Khalistan“ (Land

der Reinen) an, basierend auf einer Khomeini nachempfundenen fundamentalistischen Ideologie.

Die Zentralregierung kann diesen Forderungen kaum entsprechen, würde sie damit doch einen Präzedenzfall schaffen, der die Autonomisten und Separatisten in anderen Regionen Indiens auf den Plan rufen könnte. So hat sie bisher nur auf religiösem Gebiet Zugeständnisse gemacht – u. a. ist der Verkauf von Alkohol, Tabak und Fleisch in der Umgebung des Goldenen Tempels von *Amritsar*, dem Heiligtum der Sikhs, mittlerweile verboten, werden religiöse Zeremonien direkt im örtlichen Rundfunk übertragen. Die Sikh-Extremisten sehen sich hierdurch jedoch keineswegs zufriedengestellt, wie die jüngsten blutigen Übergriffe gegen Hindus zeigen. So bleibt der Zentralregierung – wie etwa in Assam – als Hilfsmittel anscheinend wiederum nur die Demonstration militärischer Macht.

Wenigstens Zeichen setzen

Stärker denn je protestieren Indiens ethnische, soziale und nicht zuletzt religiöse Minderheiten gegen die mangelnde Berücksichtigung ihrer Bedürfnisse. Ihre Empörung entlädt sich leider nur allzu oft in Gewalttaten, die wiederum Gegengewalt erzeugen. Das derzeitige politische Klima fördert den Extremismus um so mehr, als die Regierung Indira Gandhis dem Wirken der zentrifugalen, die Einheit des Staates bedrohenden Kräfte eher ratlos gegenüberzustehen scheint.

Der Katholischen Kirche Indiens bleibt angesichts dieser Entwicklung nur eine defensive Haltung, vertritt sie doch selbst eine von vielen Seiten angegriffene kleine Minderheit. Sie kann aber zumindest für die Zukunft Zeichen setzen – durch das Bemühen um die eigene innere Einheit, das selbstlose soziale Engagement für alle Menschen Indiens und durch die Fortführung des Dialogs mit den übrigen religiösen Gemeinschaften.

Peter Drews

Perus Demokratie gefährdet

Die Guerilla-Organisation „Leuchtender Pfad“

Die politische Entwicklung in Peru, das als einer der wenigen demokratisch verfaßten und regierten Länder mehr im Windschatten der Lateinamerika-Berichterstattung liegt, gibt Anlaß zur Sorge. Seit drei Jahren wird der Anden-Staat von einer Guerilla-Organisation mit dem abenteuerlichen Namen „*Sendero Luminoso*“ (Leuchtender Pfad) terrorisiert. Obwohl die Bewegung im Gegensatz zu den peruanischen Guerilleros der sechziger Jahre und den Aufständischen in Mittelamerika isoliert, das heißt ohne ideologische und militärische Unterstützung von außen und auch ohne politische Basis im eigenen Land kämpft, ist es ihr gelungen, die 1980 demokratisch gewählte Regierung des Präsidenten *Fernando Belaunde Terry* zu destabilisieren und die Bevölkerung in Angst und

Schrecken zu versetzen. Die Bekämpfung der Guerilla durch Polizei und Armee hat inzwischen ebenfalls *Züge der Willkür* und des Terrors angenommen. Mitte Januar ließen die katholischen Bischöfe eine Anzeige in der peruanischen Presse veröffentlichen, in der es heißt, die Ausbrüche blinder Gewalt in Peru seien „durch nichts zu rechtfertigen, erst recht nicht, wenn sie im Namen der staatlichen Autorität begangen werden“.

Der Terror der Senderistas

Eine Bilanz des Guerilla-Kampfes muß sich auf Angaben des peruanischen Innenministeriums beschränken (die als Leistungsnachweis der Armee dienen und nicht allzu zu-